Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 12

Artikel: Streiflichter zur weltpolitischen Lage
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158215

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Streiflichter zur weltpolitischen Lage.

Von Jann v. Sprecher.

Daß die Haltung und Erhaltung der Schweiz, die gelegen ist nicht weit vom geographischen Zentrum kommender europäischer Konflikte, niemals anders als im Sinne der Neutralität möglich und denkbar ist — das haben wir als eindeutiges Votum unserer Volksvertretung und des Bundesrates erneut vernommen. Leider allerdings gehen die Meinungen über Umfang, Definition und Inhalt dieser Neutralität sehr weit auseinander, und der Beweis dafür ist zur Genüge geleistet worden durch Debatten, die gerade in jüngster Zeit um die Neutralität in Presse und zum Teil auch im Parlament geführt wurden. Wenn aus Kreisen, die diesen Heften nahestehen, nach gründlicher Prüfung und nach ausgedehnter Fühlungnahme mit Personen und Verbänden aus der ganzen Schweiz der Gedanke aufgeworfen wurde, im Wege der Durchführung einer Volksinitiative ein für allemal diesem Meinungsstreit, der in erster Linie auf unsere Stellung im Völkerbund zurückzuführen ist, ein Ende zu machen, so geschah dies aus der zwingenden Erkenntnis, daß die Entwicklung, welche die europäische Lage insbesondere seit dem Konflikt um Abessinien genommen hat, es der Schweiz einfach nicht mehr gestattet, auch nur im geringsten und unscheinbarsten Punkte Zweideutigkeiten über ihre Neutralität bestehen zu lassen. Und hier sei gegenüber böswilligen Kritikern gleich zu Anfang Folgendes festgehalten:

1. Die Bewegung auf Wiederherstellung unserer unbeschränkten Neutralität hat einen Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund weder jemals beabsichtigt, noch auch nur erwogen. So richten sich unsere Bestrebungen keineswegs gegen das Verbleiben der Schweiz im Völkerbund; was wir aber verlangen, ist, daß der Umfang ihrer Neutralität, die grundsätzlich ja bereits anerkannt ist, im Wege einer Erweiterung des Londoner Protokolls klar umschrieben werde. Und es wird kaum jemand bestreiten, daß der Völkerbund heute ein direktes Interesse am Verbleiben der Schweiz in seinem Kreise besitzt — wie es anderseits niemals unsere Absicht sein kann, in die Reihe derjenigen Mächte zu treten, die heute dem Völkerbund nicht angehören oder sich von ihm distanziert haben, ein Fall, der durch unseren Austritt aus dem Völkerbund ohne weiteres eintreten müßte. Es handelt sich somit keineswegs darum, daß die Schweiz im Grundsätzlichen irgendwie eine neue Stellung beziehen wollte, es handelt sich vielmehr einzig um eine klare und vollständige Definition un-

serer Neutralität, die bereits im Jahre 1920 grundsätzlich anerkannt worden ist und deren absolute Klarstellung angesichts der heutigen äußerst gespannten europäischen Lage für die Schweiz ein vitales Bedürfnis ist, dessen Anerkennung uns die anderen Mächte bei entschlossener Stellungnahme unseres Volkes nicht versagen werden.

2. Die Wiederherstellung unserer vollständigen Neutralität ist für die Schweiz eine Lebensfrage. Aus diesem Grunde können halbe Maßnahmen, wie sie als Ergebnis der jüngsten parlamentarischen Debatten und der Erklärungen des Bundesrates festzustellen sind, uns unter keinen Umständen davon abhalten, das angestrebte Ziel unerbittlich weiter zu verfolgen. Um in dieser Richtung auch nach Abschluß der sogenannten Neutralitäts-Debatten keinen Zweifel aufkommen zu lassen, sei festgehalten, daß die Aktion auf Wiederherstellung unserer absoluten Neutralität bis zur Erreichung des gesteckten Zieles kompromißlos weitergeführt wird.

* * *

Die Begründung für die unbedingte Notwendigkeit der Wiederherstellung unserer völligen Neutralität ergibt sich dem Beobachter unschwer aus einer Betrachtung der heutigen weltpolitischen Lage. Immer deutlicher stellt sich der Bestand zweier entgegengesetzter Mächtegruppen heraus und die Erkenntnis, daß die Gefährlichkeit der Spannung zwischen diesen Gruppen zugenommen hat, ist aus dem spanischen Konflikt ohne Schwierigkeit zu entnehmen. Der englische Versuch, sich durch erhebliche Steigerung der eigenen Rüstungen zum Schiedsrichter und Garanten des europäischen Gleichgewichts zu bestimmen, kann die Gefährlichkeit der Lage nicht aus der Welt schaffen. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang, daß das europäische Gleichgewicht auch 1914 praktisch vorhanden war, daß aber auch diese Tatsache den Ausbruch des Krieges keineswegs hat verhindern können. Die legitimen Interessen oder die tatsächlichen oder vermeintlichen Lebensbedürfnisse einer Nation lassen sich, auf lange Sicht berechnet, auch durch noch so große Widerstände einer entgegenstehenden Mächtegruppe am Versuch ihrer Befriedigung niemals hindern und die Geschichte beweist zudem, daß nur zu oft durch verhältnismäßig geringfügige Ursachen Katastrophen ausgelöst wurden in einem Augenblick, da keiner der Gegner von vornherein seiner eigenen Überlegenheit gewiß sein konnte. Diese Erwägungen führen dazu, auch den Bestand eines sogenannten Gleichgewichts keineswegs als absolute Versicherung gegen kommende Gefahren zu betrachten, wenn auch andererseits ohne weiteres zuzugeben ist, daß ein gewisser Ausgleich der Kräfte den Ausbruch unerwarteter oder leichtfertiger Aktionen in hohem Maße zu verhindern vermag.

Es hieße aber wohl ein frivoles Spiel mit den Lebensinteressen unseres Landes treiben, wollten wir uns versuchen lassen, den —

heute übrigens noch durchaus hypothetischen — Bestand eines gewissen Gleichgewichts als gegeben und als genügende Garantie für die Erhaltung des Friedens ohne weiteres hinzunehmen, solange wenigstens, als der Völkerbund das Gegenteil des von Herrn Motta wiederholt beschworenen Universalitätsprinzips verkörpert und somit seinerseits irgendwelche Garantie für die Erhaltung des Friedens niemals zu bieten vermag. Heute ist nun einmal der Völkerbund der Exponent einer Mächtegruppe geworden und solange dieser Zustand besteht, wird man uns wohl gestatten müssen, daß wir unsere Neutralität im Rahmen dieser Organisation und in der Hoffnung auf kommende bessere Zeiten kompromißlos durchsetzen. Tun wir dies nicht, so bedrohen wir ja selbst unsere Existenz. Und es ist höchste Zeit, daß dieser Gedanke als gesamtschweizerische Auffassung nicht nur in schönen Reden sich kristallisiert und auf den Flügeln poetischer Diplomatie die weiten Fenster des Parlamentsgebäudes in Bern verläßt, sondern daß er endlich denen mit aller Deutlichkeit als Wille des Schweizervolkes zur Kenntnis gebracht wird, die es angeht.

* * *

Die Zuspitzung der europäischen Lage wird zu einem großen Teil durch das Ausmaß der europäischen Rüstung bestimmt. Im Zusammenhang damit wird wohl niemand bestreiten, daß sich die Gegensätze seit der Beendigung des abessinischen Krieges beständig verschärft haben, und dies trotz der Abkommen, die inzwischen geschlossen wurden, eben weil diese ihrem Gehalt nach im Grunde doch an der Oberfläche bleiben. Diese Feststellung verdient kurz begründet zu werden.

Der effektive Abschluß des abessinischen Krieges zeigte das Bild einer ins Unerwartete gesteigerten Machtstellung Italiens, der gegenüber eine kaum jemals festgestellte effektive Schwächung Englands zu beobachten war. Im gleichen Zeitpunkt hatte das Deutsche Reich die volle Souveränität über sein Territorium, genau ein Jahr nach Zurückgewinnung der Wehrhoheit, wieder erlangt. Der Vertrag von Locarno lag, in Fetzen zerrissen, am Boden. Die Gegenpartner, also vor allem Frankreich, konnten nicht den leisesten Ansatz wagen, die Aktion ihrerseits mit einer Aktion zu beantworten; sie mußten sich vielmehr darauf beschränken, mühsam einen Fetzen nach dem andern wieder aufzulesen und den a priori völlig untauglichen Versuch unternehmen, im Wege einiger Fragebogen das zerrissene Werk wieder zusammenzuflicken. Gerade jener Zeitpunkt ließ mit aller Deutlichkeit das Ausmaß der Schwächung Frankreichs in den letzten Nachkriegsjahren erkennen. Seine östlichen Verbündeten faßte mehr und mehr der Zweifel an der Aktionsfähigkeit des großen Freundes und das Bündnis mit Sowjetrußland zumal erwies sich, speziell auch unter innerpolitischen Blickpunkten, als verhängnisvoll. Es war die Zeit, da in Frankreich die Regierung Blum und damit der Front populaire auf Grund eindeutiger Wahlen die Macht ergriff. War damals jemand, der bezweifelt

hätte, daß Blum und sein Regime Frankreich einer weiteren Periode innerer und äußerer Schwäche zuführen würden?

Die so vorauszusehende innerpolitische Schwächung Frankreichs im Verein mit der Aktionsunfähigkeit Englands, der überquellenden Machtfülle Italiens und der neuerlangten völligen Freiheit Deutschlands gaben in jenen Monaten der europäischen Politik das Gepräge. Die mittelbare Folge dieser Situation war die Begründung der nationalsozialistisch-faschistischen Achse, deren innere Festigkeit durch das deutsch-österreichische Juliabkommen bestätigt wurde. Die Reichstagswahlen vom 29. März hatten eine völlige Geschlossenheit der öffentlichen Meinung Deutschlands, soweit diese bei solchen Gelegenheiten festzustellen ist, ergeben und die Begründung des italienischen Imperiums gab dem andern Ende der Achse erst sein volles Gewicht. Als am 17. Juli 1936 der Konflikt in Spanien ausbrach, war die deutsch-italienische Position, die Position der jungen und fordernden Mächte, beneidenswert.

Wenn heute die Situation im wesentlichen verändert ist, so wird man feststellen, daß im Grunde gerade die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über das Rheinland bezw. die einseitige Aufkündung des Locarno-Vertrages den Keim zur Wandlung der Machtlage gesetzt hat. Denn, als unmittelbare Folge jener deutschen Aktion, ergab sich die grundlegende Reform des englisch-französischen Verhältnisses, indem England zum ersten Male seit Abschluß des Krieges ein effektives und nur zweiseitiges Defensiv-Bündnis mit Frankreich einging. Aus dieser Tatsache heraus ist die weitere Entwicklung abzuleiten. Die nächste Etappe war Spanien.

Am heutigen Stande der spanischen Ereignisse gemessen, werden wohl alle Interventionsmächte es mehr oder weniger bereuen, sich auf diese Angelegenheit überhaupt eingelassen zu haben. Die sogenannten weltanschaulichen Kämpfe, die nun seit acht Monaten auf dem blutgetränkten spanischen Boden ausgefochten werden, haben gewiß niemandem einen Erfolg gebracht. Die Absicht Moskaus, Spanien zu bolschewisieren, ist gescheitert. Ob die Absicht Deutschlands und Italiens, im Rücken Frankreichs und auf der Achse seiner afrikanischen Lebensverbindung einen zuverlässigen Bundesgenossen zu gewinnen, sich verwirklichen läßt, ist heute mehr als fraglich. Gerade aus diesem heutigen Stande der Entwicklung wird die Veränderung der Lage erkennbar: das neugerüstete England wird eine wesentliche Machtverschiebung zugunsten ausländischer Mächte in Spanien nicht zulassen und es wird in der Lage sein, dem General Franco, im Falle seines Sieges, genau dieselben Garantien abzunehmen, die Largo Caballero ihm hätte geben müssen. Zumindest fällt ein Festsetzen Italiens in diesen Bezirken völlig außer Betracht. Es ist demnach anzunehmen, daß zwar England die Ordnung in Spanien ebenso wünscht wie alle anderen Länder, daß es aber gewillt und in der Lage sein wird, alles zu verhindern, was darüber hinausgeht und in die Bezirke ausländischer Beeinflussung gehört.

Man wird also aus der Entwicklung zum Schlusse kommen, daß die Erledigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland und der Verlauf der spanischen Ereignisse den Grundstein zu einer neuen europäischen Lage, zur Zusammenarbeit Frankreichs und Englands, mit teilweisem Einschluß der Vereinigten Staaten, gelegt haben. Vom französischen Standpunkt aus gesehen hat nun ganz zweifellos Léon Blum nicht nur angenehm enttäuscht, sondern damit einen außenpolitischen Erfolg davongetragen, der allen seinen Vorgängern seit Clémenceau versagt geblieben war. Gewiß ist Frankreich durch seine Volksfront-Politik anfänglich innerlich erheblich geschwächt worden. Von einem Kenner der Verhältnisse wurde uns zwar vor kurzem versichert, daß die erfolgten Sozialmaßnahmen — mit Ausnahme der 40-Stundenwoche — notwendig waren und, wie auch von Unternehmerseite zugegeben werde, schon längst hätten getroffen werden müssen. Die soziale Lage des französischen Arbeiters ist denkbar ungünstig gewesen und es heißt, daß insbesondere die bezahlten Ferien ein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit längst gestelltes Postulat bedeutet hätten. Somit sind anscheinend die früheren Regierungen an den Maßnahmen Blums nicht ganz unschuldig, ebenso wie z. B. die sogenannte Diktatur in Spanien zu Zeiten Primo de Riveras nicht in geringem Maße dafür verantwortlich ist, daß sich der Frente Popular erhob und zu einem dankbaren Opfer der kommunistischen Internationale werden konnte. Schließlich hat eben jede Wirkung ihre Ursache, und diese liegt nicht immer dort, wo das demagogische Gemüt sie am liebsten finden möchte!

Bei der französischen Entwicklung, die trotz aller ihrer „demokratischen Mängel" stets die Außenpolitik voranstellt und niemals außenpolitisch lebenswichtige Ziele innerpolitischen Doktrinen zu opfern pflegt, ist bemerkenswert, daß es bis heute den Radikalen gelungen ist, für das Land lebensgefährliche Exzesse des Front populaire zu verhindern. Wer hätte insbesondere erwartet, daß Daladier, der „Bluthund" des 6. Februar, der auf Frontkämpfer hatte schießen lassen, sich heute als von der Rechten beklatschter Hüter der französischen Armee und der Sicherheit und als verbissener Gegner der Kommunisten und ihrer Propaganda erweisen würde?

Durch das wenigstens der Form nach starre Festhalten an dem Grundsatz der Nichtintervention in Spanien, durch seine erfolgreiche Weigerung, dem kommunistischen und linkssozialistischen Wunsch auf aktives Eingreifen in Spanien zu entsprechen, ferner durch die Erhaltung einer relativen inneren Stabilität in Frankreich ist es Léon Blum gelungen, ein effektives Bündnis mit England zustande zu bringen und so die Position Frankreichs gegenüber dem Frühjahr ganz erheblich zu verbessern. Geschicktes Manövrieren gegenüber den Vereinigten Staaten hat es im fernern dem französischen Ministerpräsidenten ermöglicht, die auf Wahrung der sogenannten internationalen Demokratie gerichteten Bekenntnisse des Präsidenten Roosevelt seinem Lande und einer Verengerung der Beziehungen zwischen Frankreich und Nordamerika nutzbar zu machen. Die Entsendung

des früheren Handelsminister Bonnet nach Washington läßt darauf schließen, daß diese rein theoretische Zusammenarbeit vorläufig wirtschaftlich untermauert werden soll, wobei selbstverständlich in letzter Linie das politische Ziel erstrebt wird, jenes Ziel, das durch das Versprechen Wilsons im Jahre 1919 theoretisch erreicht, praktisch aber nie verwirklicht werden konnte: die amerikanisch-englisch-französische Koalition. Gewiß, ein für Frankreich großes und sehr fernes Ziel!

Wer sich in diesem Zusammenhang gerne mit unkontrollierbaren politischen Spekulationen beschäftigt, könnte dem Problem einer internationalen jüdischen Zusammenarbeit mit Erfolg nachgehen. Wir möchten nicht so weit gehen, uns in dieser Richtung in uferlose und niemals mit Beweisen zu stützende Spekulationen einzulassen. Immerhin aber wäre festzustellen, daß an der Vermutung wahrscheinlich aus besondern Gründen etwas Wahres sein dürfte. So wurde uns kürzlich von einem prominenten Schweizer und ausgezeichneten Kenner des internationalen Genfer Parketts versichert, daß Léon Blum sich kaum so lange hätte halten können, wenn er nicht die Unterstützung des mächtigen internationalen Judentums, vor allem aber die bedingungslose Hilfe der zum Teil sehr finanzstarken jüdischen Emigration aus Deutschland erhalten hätte. Gewisse Stimmen aus Amerika, wie die unglaublichen Reden des New Yorker Bürgermeisters, könnten solchen Vermutungen Vorschub leisten, ebenso wie die prompte Funktion des währungstechnischen Dreier-Abkommens vom 24. September 1936 und die Tatsache, daß die französische Wehranleihe auch in England und Amerika gezeichnet worden ist. In den Kombinationen weiter zu gehen, wäre unvorsichtig; immerhin äußerte bei jener Unterredung unser Genfer Informator nachdenklich, ob der Nationalsozialismus am Ende nicht doch besser daran getan hätte, einige prominente Juden, wenigstens konzessionshalber, auf bedeutsamen und ehrenvollen Stellen zu belassen. Es ist müßig, dieses Problem weiter zu spinnen.

Das riesenhafte englische Rüstungsprogramm hat gezeigt, daß England entschlossen ist, seine volle Macht in die Waagschale zu werfen und die Periode seiner Schwäche abzuschließen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet gibt die bündnisähnliche Beziehung mit Frankreich, die zurzeit aus den gemeinsamen Interessen gegenüber Deutschland und Italien ziemlich dauerhaft erscheint, Frankreich ein ganz erhebliches Gewicht. Wohl unter diesem Einfluß, aber auch aus einer in den letzten Monaten mehr bemerkbaren Versteifung Englands, stoßen heute die deutschen Ansprüche auf Kolonien auf entschlossenen Widerstand. Es ist bemerkenswert, wie sehr die Position Deutschlands gegenüber England sich im Laufe eines Jahres verschlechtern konnte. Man erinnert sich, daß die deutschen Kolonialwünsche, deren Berechtigung im Grunde niemand bestreiten kann, noch vor einigen Monaten in großen englischen Kreisen, speziell auch Labours, ziemlich wohlwollend aufgenommen worden waren. Dies hat sich grundlegend geändert und man muß ohne weiteres feststellen, daß die

Tendenzen des eben verstorbenen Sir Austin Chamberlain, die an die Auffassungen von 1919 erinnern, sich immer mehr durchsetzen.

Die Gründe dafür, daß England in der politischen Konzeption gegenüber Deutschland sich mehr und mehr der intransigenten französischen Auffassung anzuschließen beginnt, sind nicht ohne weiteres erkennbar; man dürfte aber nicht fehl gehen, in diesem Zusammenhang vor allem zu erwähnen das deutsch-japanische Abkommen (das übrigens zu einem nicht geringen Teil auch an der Verstimmung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland schuld sein soll), der Vierjahresplan und damit das weitgehende Abschließen Deutschlands von den englischen Märkten und endlich eine gewisse Überbetonung der Berlin-römischen Achse, die bei der bestehenden Gegensätzlichkeit Englands zu Italien eine gewisse Verstimmung gegenüber Berlin erklärlich erscheinen läßt.

Es ist demnach unverkennbar, daß sich die Position Deutschlands in den letzten Monaten trotz den scheinbaren Erfolgen der Spanienpolitik erheblich verschlechtert hat. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß auch die Position Italiens, bezw. die Möglichkeiten ihrer Ausdehnung, begrenzt sind. Es ist nicht anzunehmen, daß Italien imstande sein wird, den Rüstungswettlauf mit dem reichen England und immer noch reichen Frankreich auf die Dauer auszuhalten und nicht von ungefähr hat das englische Rüstungsprogramm in Rom ziemliches Unbehagen ausgelöst.

Bezeichnend für die Stärkung der westeuropäischen Mächte und die Schwächung der zentralen Position Deutschlands und Italiens ist in diesem Zusammenhang die in letzter Zeit merkwürdig veränderte Haltung Österreichs. Man beginnt sich in Wien anscheinend wieder mehr nach Paris zu orientieren, nachdem die ungnädige Behandlung der Habsburger durch Mussolini und die Verstärkung der französischen Position die Beziehungen zwischen Wien und der Achse gelockert haben. Machtpolitisch fällt die Haltung Österreichs allerdings gar nicht ins Gewicht, doch mag sie in diesem Zusammenhang als Symptom bemerkenswert erscheinen. Das gleiche gilt von der Haltung Prags. Die tschechoslowakische Regierung hat sich nicht einmal die Mühe genommen, die längst fälligen Unterhandlungen mit der annähernden Gesamtvertretung des Sudetendeutschtums aufzunehmen, sondern sich damit begnügt, den einflußlosen sogenannten deutschen Aktivisten einige Brocken hinzuwerfen und im übrigen das Problem ruhen zu lassen.

Nachdem es also Deutschland nicht gelungen ist, die beabsichtigte Erweiterung seines Lebensraumes im Einverständnis mit England in Angriff zu nehmen und auf der andern Seite die italienische Expansionspolitik immer mehr auf eine kaum mehr vermeidbare Auseinandersetzung mit England hinzuweisen scheint, das seinerseits, wohl in teilweisem Einverständnis mit den Vereinigten Staaten, sich die französische Politik zu eigen gemacht hat, stehen sich heute zwei Mächtegruppen gegenüber, zwischen denen eine Auseinandersetzung zum mindesten möglich erscheint. Es ist nicht anzunehmen,

daß die jungen Staaten der nord-südlichen Achse sich auf die Dauer ihren Entwicklungsraum versperren lassen werden.

Die Zukunft Europas kann deshalb anders als düster nicht wohl bezeichnet werden. Zweifelsohne sind heute die finanziell und wirtschaftlich schwächeren Staaten Deutschland und Italien trotz eines relativen Vorsprungs ihrer Aufrüstung im Nachteil. Das seit einigen Wochen beobachtete stetige Ansteigen der Preise auf den Warenmärkten, insbesondere aber die starke Preiserhöhung der für die Rüstung notwendigen Rohstoffe können diese Staaten gegebenenfalls in eine heikle Lage bringen. Wie dem auch sei: die Gefahr eines europäischen Brandes ist groß. Die Größe dieser Gefahr allein aber hat bestimmend zu sein für die Politik, die die Schweiz nach außen zu treiben gedenkt.

Es ist unter diesen Umständen keine andere Lösung möglich, als daß wir uns im Rahmen des Völkerbundes auf unsere unbedingte Neutralität zurückziehen, auf eine Neutralität, die auch die Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen völlig ausschließt und uns dadurch absolut fernhalten von allem, was irgendwie als Parteinahme für die eine oder andere Mächtegruppe aussehen könnte. Und es scheint uns endlich, daß diese absolute staatliche Zurückhaltung nicht nur sei ein Erfordernis schweizerischer Lebensexistenz, sondern eine Mahnung auch an den einzelnen Bürger, seinerseits fremden Ideologien die Türe zu weisen.

Georg Büchner.

(Festrede zur Büchnerfeier im Schauspielhaus Zürich.)

Von **Emil Staiger.**

Wir haben uns versammelt, um des großen Dichters zu gedenken, der vor hundert Jahren in Zürich nach einem jäh aufflackernden Leben einen Winter der Ruhe und dann die ewige Ruhe gefunden hat.

Georg Büchner kam im Oktober 1836 nach Zürich. Mit einer Schrift „Sur le système nerveux du barbeau" erwarb er sich die Doktorwürde der philosophischen Fakultät und mit einer Probevorlesung „Über Schädelnerven" die venia legendi für vergleichende Anatomie. Doch auf den Zügen des jungen Dozenten, dessen Vortrag von Oken und Schinz mit größter Achtung angehört wurde, lag nicht die Stille der Wissenschaft. Er hatte schon anderes getan, als Fische und Amphibien präpariert. Ein Steckbrief aus Darmstadt bezichtigte ihn staatsverräterischer Handlungen und ersuchte die Behörden im In- und Ausland, ihn wohlbehalten an das Großh. Hessische Hofgericht abzuliefern. Vor der politischen Inquisition war Büchner zunächst nach Straßburg geflohen, und um sich „Geld zu machen", wie er sagte, hatte er kurz vor der Flucht das Trauerspiel „Dantons Tod"